

Worauf es ankommt!

„Es hängt von der bolschewistischen Arbeit unserer Partei, es hängt von unserer Fähigkeit, die Massen zu mobilisieren, sie im Kampfe zu führen und in jeder Situation mit den geeignetsten Kampfmitteln zu unterstützen und zu leiten, ab, in welchem Tempo wir den entscheidenden Auseinandersetzungen entgegengehen. Unsere Aufgabe besteht darin, die Massen in den vielfältigsten Formen auf tausend Wegen und „Umwegen“ an die entscheidenden Kämpfe heranzuführen.“

(Brief des Zentralkomitees in der „Roten Fahne“ am 5. Januar 1932.)

K. F. Diese Ermahnung wurde vom Zentralkomitee unserer Partei in den letzten Monaten wiederholt gegeben. Warum? Nicht deshalb, weil ihre Richtigkeit bewiesen werden muß, sondern weil unsere Partei als Ganzes noch immer nicht von der Richtigkeit dieser Behauptung überzeugt ist. Vielleicht werden einige Genossen gegen unsere Feststellung wehren. Nicht heißt es jeden Fall, daß durch die praktische Arbeit auf keinem Fall zum Ausdruck kommt, daß diese Auffassung die der gesamten Partei ist.

Die Maßnahmen der Bourgeoisie, die einen Ausweg aus der Krise herbeiführen sollen, bringen für dieselbe nur noch neue Schwächen. Brünstige Feststellung in seiner Rundfunkrede:

„Tag für Tag schreitet die Zerschlagung der Weltwirtschaft her. Deutschland ist zum Zentrum des wirtschaftlichen Sturms, der durch die Welt geht, geworden.“

Es kommt noch keine Günstigkeit. Nach den damaligen Maßnahmen (neue Notenerhebung) schrieb die „Deutsche Allgemeine Zeitung“:

„Es der Patient die jetzige Operation überlebt ist keineswegs gewiß, daß es sich aber um den letzten chirurgischen Eingriff handelt, der ohne Narkose wahrscheinlich noch hingenommen werden würde, scheint uns nicht zweifelhaft zu sein.“

Die Fragestellung also ist selbst nicht davon überzeugt, daß es gelingen wird, zunächst einen Ausweg herbeizuführen. Und dann haben wir während und nach dem Zurückziehen die verschiedenen Versuche gesehen, zu einer Einigung zu kommen.

Zur Behandlung der letzten Krisen (restlose Ausparierung der Arbeitslosigkeit) soll ein Weg zur Überwindung der Krise gefunden werden. Drohend denn jedoch vor der Arbeiterklasse die Gefahr des Faschismus. Immer offener tritt die sozialdemokratische Bürokratie für den faschistischen Kurs ein. Die Beschlüsse der Gewerkschaftsorganisationen legen in einem Brief vom 6. Januar:

„Die Eisenbahnarbeiter auf der Güterabfertigung Dresden-Altstadt traten nach der Lohnzahlung am Freitag, bei welcher durch Lohnabbau...“

Die Belegschaft der Bahnhofsleiter 3 in Dresden trat gleichfalls zu einer Belegschaftsversammlung zusammen und demonstrierte geschlossen vor die Verwaltung und das Betriebsamt. Sie forderten Beilegung der Lohnkürzungen und Erhöhung der vor dem Lohnabbau bestimmten Löhne sowie die Kürzung aller Gehälter über 400 Mark und die Beibehaltung der Abfertigungsansprüche für die hohen Beamten. Beilegung der technischen Notstände, der Werkzeuge und Vollzeitarbeit.

Unter der Belegschaft der Güterabfertigung Dresden-Friedrichsbad bildeten sich während der Arbeitszeit zahlreiche Diskussionsgruppen, die für die Kampfmassnahmen gegen den Lohnabbau forderten.

Im Dresdener Umland beteiligten sich 19 Arbeiter vom Kabel- und Elektroarbeiten zu Leipzig. Trotz der Drohung mit Entlassung beharrten die Arbeiter auf ihrem Standpunkt.

Die Belegschaft des Kraftwerks Föhren besaß in einer von der RGD einberufenen überörtlichen Versammlung ein Kampfsprogramm und wählte einen vorbereitenden Kampfausschuss. Am Donnerstag, dem 14. Januar, wurde eine zweite Belegschaftsversammlung durchgeführt, um die Kampfkraft zu steigern.

Im Großkraftwerk Heide, dem Schwermetallwerk von Böhlen, fand am 8. Januar eine von der RGD einberufene Belegschaftsversammlung statt, die einstimmig eine Protestresolution gegen die Notverordnung und den Lohnabbau beschloß. In der Vorbereitung des Kampfes und der Durchführung der Verhandlung mit der Belegschaft des Kraftwerks Föhren beschloß wurde.

Bei der Firma Rudolf Sad und in der Maschinenfabrik Heide-Prepitz traten die Belegschaften in den Streik gegen den Abbau der Arbeitsbedingungen.

In den beiden Leipziger graphischen Betrieben Deutsche Mikroschreiber und Brandstrich traten die Arbeiterinnen der Tiefdrucker, Photographen, Retouchereur und Bauarbeiter in den Streik gegen die zwanghaften Firmen und der reformistischen Bürokratie verordnete Lohnkürzungen. Dagegen die Gewerkschaftsbürokratie diesen Streik als „wildes“ bezeichnete und reformistische Gewerkschaftsfunktionäre Streikbrüchigkeit stifteten, wird der Kampf dieser Arbeiterinnen mit großer Erbitterung fortgesetzt.

Bei der Firma Sachs in Witten i. N. traten die Lehrlinge gegen einen 10prozentigen Lohnabbau in den Streik. Bisher erhielten sie im 1. Jahr 2 Mark, im 2. Jahr 4 Mark, im 3. Jahr 6 Mark und im 4. Jahr 8 Mark wöchentlich. Die Forderung der Lehrlinge lautet: Weiterzahlung des bisherigen Lohnes, sofortige Gewährung der ihnen zukommenden Aktien und Beschaffung einer einmonatigen Wollgarantie.

Die gekürzte Belegschaft der Mälzerei in Witten i. N. trat gegen den Lohnabbau auf Grund der Notverordnung und gegen die sozialen Verschlechterungen geschlossen in den Streik. Die Forderung ist die Rückabnahme des Lohnabbaus.

„Zwar lassen die gegenwärtige Gesamtlage der Wirtschaft und die durch die Notverordnung geschaffenen rechtlichen Bindungen einen Kampf um die Lohn- und Gehaltshöhe im allgemeinen als aussichtslos (!!) erscheinen. Die Gewerkschaften werden sich aber den veränderten Kampfbedingungen anpassen müssen, und um so entscheidender die Kampfkraft der Löhne durch Druck auf die Preise verteidigen...“

Nach dem Ablauf der jetzt durchgeführten Zwangsregelung der Löhne und Gehälter ist mit einer starken Einschränkung der staatlichen Einwirkung auf lohnpolitischen Gebiet zu rechnen.“

Die Arbeiter werden aufgefordert, ihre Wahrnehmung bei Einkäufen usw. zu sammeln und den Verwaltungsstellen der Gewerkschaften mitzuteilen. Das ist der Kampf der Gewerkschaftsbürokratie gegen die Vereinerlichung der Arbeiterklasse. Nachdem schon in den letzten Wochen und Monaten alle ausgebrochenen Kämpfe der Arbeiter (siehe Zeitungsberichte in Leipzig, Kameny usw.) abgemurrt wurden, wird jetzt offen die Drohung gegeben: Nehmt alles hin, denn diese letzte Maßnahme war zweifelsohne die letzte.

Wir haben in den letzten Wochen noch etwas anderes gesehen, und das ist für die Beurteilung der gegenwärtigen Lage von außerordentlicher Bedeutung: der wachsende Kampfwille der Arbeiterklasse. Trotz aller fröhlichen Beurteilungen der Arbeiter der Partei bei der Durchführung der letzten Notverordnung bleibt bestehen, daß in allen Teilen des Reiches die Arbeiterklasse sich zur Wehr setzte. Wir haben noch mehr zu verzeichnen. Während Partei und RGD im letzten Jahre der Arbeiterklasse bewiesen mußten, daß die Möglichkeit besteht, auch während der Krise des Kapitalismus Streik zu führen, haben die letzten Wochen der Arbeiterklasse gezeigt, daß sie siegreich kämpfen kann. Das ist eine entscheidende Wendung. Die revolutionäre Arbeiterklasse hat entgegen dem Geschick und der offenen Streikbrüchigkeit der Reformisten bewiesen, daß nicht jede Schikane und jeder Lohnraub kampflos hingenommen werden muß.

Die Belegschaft der Bahnhofsleiter 3 in Chemnitz legte am Tage der Lohnzahlung zweieinhalb Stunden vor Arbeitsbeginn die Arbeit geschlossen nieder und trat in den Streik. Die Belegschaft zählt 32 Arbeiter.

Auf dem Rittergut Schönau bei Leipzig haben die Landarbeiter gegen den Lohnraub einen halben Tag gestreikt. Der Gutsherr drohte mit sofortiger Entlassung. Die Arbeit wurde nach einem halben Tag Streik geschlossen ohne Nachregelung wieder aufgenommen.

Die Textilarbeiter von Runath & Meddenburg in Oberlungwitz traten gegen den Versuch, die Leistungszulage abzuhauen, geschlossen in den Streik und erzielten unter Führung der RGD nach drei Stunden die Rücknahme des Lohnabbaus.

12 Wohlfahrtsvereine in Eibenstock i. S. legten nach vierstündiger Reinigungsarbeit am Bach, bis auf einen 24 Mann, die Arbeit nieder und forderten Bezahlung nach Gemeindeförderungsvertrag 20 Pf. Wohlfahrtszulage pro Stunde. Auf das Versprechen des Bürgermeisters, dem Verwaltungsausschuß die Forderungen zu unterbreiten, nahmen die Arbeiter ihre Tätigkeit wieder auf.

Bei der Leipziger Straßenbahn haben die Schaffner die Ansparskarten und Straßenbahnfahrkarten von unten, also nicht der Reihenfolge nach, verkauft. Dies wurde bereits von der Direktion mit der sofortigen Entlassung bestraft. Nach dem durchgeführten Lohnabbau haben das die Schaffner absichtlich ertan, um entlassen zu werden. Am selben Tage wurden 24 Schaffner zur Disziplin gestellt. Auf die Frage, warum sie dieses getan haben, ist der Direktion allen erklärt worden, daß sie wegen des niedrigen Verdienstes entlassen werden wollen. Die Direktion hat keinen Schaffner entlassen, sondern hat nur eine Verwarnung erteilt. Ein Teil der Schaffner hat seine Ansparskarte verkauft und hat die Fahrgäste umhauen lassen. Einige andere haben dem Kontrollleur einhaken die Geldscheine umgehängt und die Fahrgästenmappe gegeben. Ein Kontrollleur wurde verprügelt. Nach der Vertrauensfrage hat eine große Anzahl erhalten. Vor allen Fahrgängen legte ein Schaffner zum Kontrollleur: „Prüfe mich am...“, dachte, ich lasse mich mit den 27 Mark Lohn von dir noch anpflanzen.“ Das sind einige Beispiele, die zeigen, wie groß die Empörung der Straßenbahner gegen den Lohnabbau ist.

Auf dem Bahnhof Wahren und auf dem Leipziger Hauptbahnhof haben die Eisenbahner nahezu keinen Nachzahlung erhalten. Die Eisenbahndirektion gab sich die rechtliche Mühe, in der Öffentlichkeit das Gegenteil zu behaupten. Trotzdem steht die Tatsache fest, daß einige Güterzüge nicht ausgeladen werden konnten.

Was legen uns diese wenigen Beispiele, die von den Genossen aus dem Bezirk überall in großer Zahl ergötzt werden können? In erster Linie, daß es notwendig ist, daß sich unsere Partei als Ganzes um die Stimmung in den Betrieben kümmert und daß wir nicht von unseren lokalen Revolutionen über Streikauflösung usw. leben dürfen. Die Stimmung in den Betrieben — Vernachlässigung des Tempos, Sabotage usw. — sind nach der Auffassung vieler Genossen keinbegründet, unrevolutionäre Stimmungen vollkommen falsch. Wir müssen leben, welche Entwicklung wir in den letzten Jahren in Deutschland hatten. Wir müssen dafür Sorge tragen, daß aus diesen individuellen Erscheinungen Massenercheinungen werden und es dadurch zu größeren Kampfauslösungen kommt. Hier handelt es sich um das Anknüpfen an die kleinen und örtlichen Räte der Arbeiterklasse. „Eist der Kampf erreicht die ausgebeutete Klasse, erst der Kampf gibt ihr das Maß ihrer Kräfte, erweitert ihren Horizont, heinet ihre Fähigkeit, hat ihren Verkauf auf, küßt ihren Willen“, diesen Satz Lenins müssen alle Kommunisten immer berücksichtigen. Jeder Widerstand gegen dieses System, geführt und in richtige Bahnen gelenkt durch den führenden Teil des Proletariats, bedeutet eine Vorwärtsentwicklung der revolutionären Kräfte. Wir müssen die Massen des Proletariats durch die Praxis und unsere unermüdbare Arbeit an die Streikfront heranbringen.

Verstärkung der Gewerkschaftsarbeit

Bei der Stellung der Betriebsarbeit treffen wir noch auf eine weitere Frage, nämlich auf die Arbeit in den Gewerkschaften. Die Parteileitung des Bezirks hatte in innerparteilichen Anweisungen gesagt, daß wir es fertig bringen müssen, Betriebsdelegationen zu schaffen, die auf die Gewerkschaftsbüros gehen und dort von den Gewerkschaftsbüros ultimativ die Organisation von Bewegungen gegen die Notverordnungspolitik verlangen. Aus allen Teilen des Bezirks kamen Proteste. Wir freuen uns über diese Aktivität. Allerdings müssen wir feststellen, daß die Auslösung der Genossen falsch ist. Wir müssen genau wie im Kampfe gegen den Faschismus, zur praktischen Kampfauslösung kommen. Im Beschluß des Zentralkomitees der RGD heißt es: „Entschlossene müssen die revolutionären Gewerkschaftsorganisationen an die reformistischen Funktionäre in den Betrieben und unteren Organisationen mit dem Vorschlag gemeinsamer Kampfkampfen heranzutreten, eingebett dessen, daß der Hauptzweck derartiger Anträge eine Einberufung aller Arbeiter zwecks Stellungnahme zu den Methoden und Normen des Kampfes, zwecks Vorbereitung und Organisation dieses Kampfes ist.“ Wir müssen, wie das schon in vielen Fällen der Fall war, die Arbeiter, die noch unter Einfluß der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie stehen, in die revolutionäre Kampffront einreihen. Das muß das Leitmotiv bei allen Handlungen im Betrieb sein. Voraussetzung ist hier die verstärkte Arbeit in den Gewerkschaften. Genau wie an der Streikfront, verjagt auch hier ein Teil der Mitglieder der Kommunistischen Partei. Im Bezirk sind 70 freigezwungene Positionen in Händen der revolutionären Arbeiter. Diese Organisationen haben aber nicht mehr getan als die Gewerkschaftsbürokratie, um die Arbeiterklasse gegen den Hungersturz der deutschen Bourgeoisie zu mobilisieren. Wenige gute Beispiele haben wir. Zum Beispiel konnte der Vorsitzende des Bezirkskomitees der RGD in einer vom Gewerkschaftsamt in Radeburg einberufenen Versammlung referieren und dort eine Entschlieung für die RGD zur Annahme bringen. Wir appellieren an die Arbeiterklasse in ganz Sachsen gegen diese „Stützpunkte“ der Opposition genau wie gegen die Gewerkschaftspositionen, die unter Führung der Reformisten stehen, den Kampf aufzunehmen.

Jeder Kommunist muß in der gegenwärtigen Situation seine Pflicht erfüllen.

Die letzten Tage haben gezeigt, daß bereits eine Wendung eingetreten ist. Die Kräfte angespannt und weiter vorwärts gezogen!

Wir registrieren für Sachsen:

Bewegungen und Streiks in 27 Betrieben

Die Eisenbahnarbeiter auf der Güterabfertigung Dresden-Altstadt traten nach der Lohnzahlung am Freitag, bei welcher durch Lohnabbau... Die Belegschaft der Bahnhofsleiter 3 in Dresden trat gleichfalls zu einer Belegschaftsversammlung zusammen und demonstrierte geschlossen vor die Verwaltung und das Betriebsamt. Sie forderten Beilegung der Lohnkürzungen und Erhöhung der vor dem Lohnabbau bestimmten Löhne sowie die Kürzung aller Gehälter über 400 Mark und die Beibehaltung der Abfertigungsansprüche für die hohen Beamten. Beilegung der technischen Notstände, der Werkzeuge und Vollzeitarbeit.

Unter der Belegschaft der Güterabfertigung Dresden-Friedrichsbad bildeten sich während der Arbeitszeit zahlreiche Diskussionsgruppen, die für die Kampfmassnahmen gegen den Lohnabbau forderten.

Im Dresdener Umland beteiligten sich 19 Arbeiter vom Kabel- und Elektroarbeiten zu Leipzig. Trotz der Drohung mit Entlassung beharrten die Arbeiter auf ihrem Standpunkt.

Die Belegschaft des Kraftwerks Föhren besaß in einer von der RGD einberufenen überörtlichen Versammlung ein Kampfsprogramm und wählte einen vorbereitenden Kampfausschuss. Am Donnerstag, dem 14. Januar, wurde eine zweite Belegschaftsversammlung durchgeführt, um die Kampfkraft zu steigern.

Im Großkraftwerk Heide, dem Schwermetallwerk von Böhlen, fand am 8. Januar eine von der RGD einberufene Belegschaftsversammlung statt, die einstimmig eine Protestresolution gegen die Notverordnung und den Lohnabbau beschloß. In der Vorbereitung des Kampfes und der Durchführung der Verhandlung mit der Belegschaft des Kraftwerks Föhren beschloß wurde.

Bei der Firma Rudolf Sad und in der Maschinenfabrik Heide-Prepitz traten die Belegschaften in den Streik gegen den Abbau der Arbeitsbedingungen.

In den beiden Leipziger graphischen Betrieben Deutsche Mikroschreiber und Brandstrich traten die Arbeiterinnen der Tiefdrucker, Photographen, Retouchereur und Bauarbeiter in den Streik gegen die zwanghaften Firmen und der reformistischen Bürokratie verordnete Lohnkürzungen. Dagegen die Gewerkschaftsbürokratie diesen Streik als „wildes“ bezeichnete und reformistische Gewerkschaftsfunktionäre Streikbrüchigkeit stifteten, wird der Kampf dieser Arbeiterinnen mit großer Erbitterung fortgesetzt.

Bei der Firma Sachs in Witten i. N. traten die Lehrlinge gegen einen 10prozentigen Lohnabbau in den Streik. Bisher erhielten sie im 1. Jahr 2 Mark, im 2. Jahr 4 Mark, im 3. Jahr 6 Mark und im 4. Jahr 8 Mark wöchentlich. Die Forderung der Lehrlinge lautet: Weiterzahlung des bisherigen Lohnes, sofortige Gewährung der ihnen zukommenden Aktien und Beschaffung einer einmonatigen Wollgarantie.

Die gekürzte Belegschaft der Mälzerei in Witten i. N. trat gegen den Lohnabbau auf Grund der Notverordnung und gegen die sozialen Verschlechterungen geschlossen in den Streik. Die Forderung ist die Rückabnahme des Lohnabbaus.

Im Betrieb Astra in Chemnitz herrscht große Erbitterung unter den Angestellten. Die RGD hat vor dem Betrieb eine Betriebsleitung verfaßt, in der besonders zum Gehaltsabbau bei den Angestellten Stellung angenommen wird. Von den 200 Arbeitern hat nur ein kleiner Teil die Betriebsleitung geküßt, und zwar aus Angst vor Entlassung, weil die Firma durch einen Meister aufpassen läßt, wer die Betriebsleitung küßt. Dagegen haben trotz der Kontrolle der Firma von 56 Angestellten 50 die Betriebsleitung nicht nur für 5 W., sondern für 10 W. geküßt.

Im Eisenwerk in Chemnitz ist 76 Angestellten gekündigt worden. In diesem Betrieb behält eine Angestelltengruppe der RGD. Zu dieser Kündigung kam noch der Gehaltsabbau von 10 bis 15 Prozent. Die Erbitterung unter den Angestellten ist groß.